

Wird die Berliner Humboldt-Uni ein deutsches Harvard? Bundeskanzler und Bildungsministerin sind im Eliten-Fieber: Sie wollen sechs Unis für die „Spitzenförderung“ auswählen und vergessen dabei eine Erkenntnis aus dem Sport: ohne Breitenförderung auch keine breite Spitze.



SPD träumt elitär

Uni-Debatte der SPD: Ein Mediengag?

Das Innovationsprogramm der SPD, beschlossen am 6. Januar 2004 in Weimar finden Sie im Internet unter: www.spd.de/sevlet/PB/menu/1031334/index.html

Eliten-versus Breitenbildung? Mit dem Vorstoß für die Gründung einer Elite-Universität hat SPD-Generalsekretär Olaf Scholz nicht nur bei den Bildungspolitikern seiner eigenen Partei für Verwirrung gesorgt. Die Union mochte sich vor Verblüffung gar nicht äußern. Die Studenten reagierten nach ihren Protesten gegen die Sparpolitik an ihren Hochschulen entsetzt. Wohlmeinende sprechen von einem gelungenen SPD-Mediengag.

Für die These eines Mediengags in den stets nachrichtenarmen Tagen zum Jahresbeginn spricht der Umstand, dass das Wort Elite-Universität in keinem der vom SPD-Parteivorstand und anschließend von der SPD-Bundestagsfraktion im Januar abgesetzten Papiere vorkommt. Stattdessen heißt es: „Wir brauchen neben einer höheren Anzahl von Hochschulabsolventen auch eine stärkere Förderung von Spitzenleistungen. Wir wollen die Struktur der Hochschullandschaft so verändern, dass sich Spitzenhochschulen und Forschungszentren etablieren, die auch weltweit in der ersten Liga mitspielen und mit internationalen Spitzenhochschulen wie Harvard und Stanford konkurrieren können.“

Parallelen zum Schulstreit

Doch wie soll aus der „Masse“ der Studierenden ein Elitestudent herausgefiltert werden? Parallelen zum klassischen deutschen Schulstreit um die frühe Se-

lektion der Schüler sind bei dieser Debatte unverkennbar. Dabei gilt wie im Sport für Lehre und Forschung: ohne breite Förderung unten auch keine breite Spitze.

Das hatte bereits 1981 der Wissenschaftsrat erkannt. Nach kontroverser Auseinandersetzung versteckte er das Reizwort Elite bewusst in eine Empfehlung zur Förderung „besonders Befähigter“. Dabei sei „außergewöhnliche Befähigung“ nicht „von vornherein gegeben“; sie bilde sich erst in einem längeren Prozess, „in dem Erziehung und Selbsterziehung eine wichtige Rolle spielen“. Deshalb könne man die „Entdeckung und Förderung von Spitzenbegabungen“ nicht „als eigenen Studiengang darstellen“. Damit erteilt er separaten Elite-Hochschulen eine deutliche Absage. Doch ungeachtet dessen träumen heute einige aus der SPD-Spitze und Wirtschaft wieder von einer „Elite“. SPD-Bundesminister, wie *Otto Schily* und *Wolfgang Clement*, möchten die Berliner Humboldt-Universität mit kräftiger Bundeshilfe zu einer Top-Hochschule à la Harvard ausbauen. Der McKinsey-Manager *Jürgen Kluge* will gar 16 Universitäten, also eine pro Bundesland, in die Spitzenliga schicken. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft denkt an zunächst sechs Universitäten bundesweit, die im allgemeinen Wettbewerb ausgewählt werden sollen, um dann von besserer finanzieller Förderung zu profitieren.

Die aufgeregte Mediendebatte um eine Elite-Hochschule hat nahezu das eigentliche Anliegen und die begrüßenswerten Aussagen der SPD-Innovations-

initiative in der Hintergrund gedrängt. So wurde beispielsweise die Zusage von SPD-Fraktionschef *Franz Müntefering*, trotz der allgemeinen Sparzwänge bei der Forschungsfinanzierung endlich den Anschluss an die internationale Entwicklung zu finden und die Ausgaben dafür bis zum Jahr 2010 auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, öffentlich kaum beachtet. Konkret bedeutet das für Bund und Länder Mehrausgaben in Höhe von rund zehn Milliarden Euro jährlich. Mit der Innovationsoffensive wollen Parteiführung und Fraktionspitze eine neue Bildungsdebatte in der SPD einleiten. Im Gespräch sind mehrere Kongresse, eine SPD-Kommission „Zukunft der Bildung“ (inklusive Bildungsfinanzierung) und ein SPD-Bundesparteitag ausschließlich zu Bildung und Innovation.

Auf Innovationskurs

Das Problem: In den Ländern fehlt der Partei ein klares bildungspolitisches Profil. Und daher verbirgt sich in Wirklichkeit hinter der nur scheinbar oberflächlich geführten Debatte um Spitzenförderung ein tiefer Konflikt um die Neubestimmung sozialdemokratischer Bildungspolitik zwischen Bund und Ländern. Den eher reformfreudigen Bundespolitikern, die auf grundsätzliche Strukturreformen bis hinein in die Schule drängen, stehen die vom jahrelangen Gesamtschulstreit gebeutelten SPD-Bildungsminister in den Ländern gegenüber. Deren sehnlichster Wunsch ist Ruhe. Dabei pochen sie auf die Länder-Zuständigkeiten. Müntefering hat ungeachtet dessen eindringlich die Fachpolitiker seiner Fraktion ermahnt, Lösungswege für die aktuellen Herausforderungen zu nennen. Schließlich frage der Wähler auch nicht nach Zuständigkeiten, sondern wolle Antworten.

Max Löwe

☞ **Hinter der Debatte um Spitzenförderung verbirgt sich ein tiefer Konflikt um die Neubestimmung sozialdemokratischer Bildungspolitik zwischen Bund und Ländern.** ☞